

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

09.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Stadtrat möge beschließen,

sämtliche nachfolgend aufgeführten, sowohl von der Verwaltung als auch von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OLA und ödp beantragten zwei zusätzlichen unbefristeten Stellen (zweite*r Klimaschutzbeauftragte*r und im kommunalen Energiemanagement) und die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte unbefristete Stelle im Bereich des Baucontrolling zu schaffen:

Referat/ Fachbereich	Kurzbeschreibu ng Aufgabe	Kurzbeschreibu ng Begründung	Stellen- umfang (VK)	Besoldungs-/ Entgeltgruppe	Personal- kosten (€ / Jahr)	weitergehende Ausführungen siehe Anlage
Ref. 1 / Amt für Soziales (Zuweisung über Personalreserv e)	Sachbearbeitung Wohngeld	Umsetzung Entlastungspaket III	2,0	A 8 BayBesG / EG 9 a TVöD	117.000,00 €	Ref. 1 / 1
Ref. 1 / Amt für Soziales	Sachbearbeitung Grundsicherung	dauerhafter Anstieg der Fallzahlen	0,5	A 9 (2. QE) BayBesG / EG 9 a TVöD	30.500,00 €	Ref. 1 / 2
Ref. 1 / Amt für Familie und Jugend	Ersatzbetreuung Kindertagespfl e	Ablösung Stützpunktmodell	0,5	EG S 4 TVöD	26.200,00 €	Ref. 1 / 3
Ref. 1 / Amt für Familie und Jugend	Sachbearbeitung Vormundschaft en	gesetzliche Trennung des Bereichs von anderen Rechtskreisen	0,5	A 10 BayBesG / EG 9 c TVöD	33.100,00 €	Ref. 1 / 4
Ref. 2 / Amt für Ordnung, Umwelt- und Bürgerservice (Zuweisung teilweise über Personalreserv e)	Sachbearbeitung Ausländer- und Staatsangehörig keits- recht, Einbürgerungen	dauerhafter Anstieg der Fallzahlen	1,7	A 8 BayBesG / EG 9 a TVöD	99.500,00 €	Ref. 2 / 1
Ref. 3 / Amt für Stadtentwicklun g und Klimaschutz	Sachbearbeitung Verkehrsplanung	Stärkung Radverkehrsplan ung und -koordination	1,0	EG 11 TVöD	79.000,00 €	Ref. 3 / 1
Ref. 3 / Zentrale Vergabestelle	Leitung / Sachbe- arbeitung Vergabe- wesen	dauerhafte Aufgabensteiger ung, formale Abwicklung sämtlicher Vergaben für Stadtverwaltung	1,0	A 11 BayBesG / EG 10 TVöD	73.100,00 €	Ref. 3 / 2

Ref. 3 / Zentrale Vergabestelle	Sachbearbeitung Beschaffungswe- sen	Zentralisierung der Beschaffungen / Entlastung Fachbereiche von dezentralen Beschaffungsvor- gängen	1,0	A 8 BayBesG / EG 8 TVöD	54.700,00 €	Ref. 3 / 3
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OLA und ödp	2. Klimaschutzbeau- fragter für die Energiethemata (unbefristet)	Wärme und Strom, Mobilität, Koordination der Konzepte, Umsetzung, Unterstützung Akteurs Beteiligung	1,0	EG 10 – 12 TVöD	80.000 €	s. bereits vorliegender Antrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OLA und ödp	Kommunales Energiemanage- ment – (unbefristet)	Erstellung, Umsetzung und Monitoring der beiden Maßnahmen (KEM)	1,0	EG 10-12 TVöD	80.000 €	s. bereits vorliegender Antrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Baucontrolling	Unterstützung der jeweiligen Projektleiter*inne n hinsichtlich der Planung und Priorisierung von Projekten, der zeitlichen Abläufe und der Kostenüberwach- ung	1,0	EG 11-12 TVöD	80.000 €	s. bereits vorliegender Antrag

Der Stadtrat möge darüber hinaus beschließen, folgende Stellen zu streichen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kommunaler Ordnungsdienst	2,0	EG 5 TVöD	- 90.000 €
----------------------------------	------------------------------	-----	-----------	------------

Finanzierung:

Die von der Verwaltung beantragten Stellen sind in dem uns vorliegenden HH finanziert, 90.000 € werden eingespart.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff.

Begründung:

Wir unterstützen die Mitarbeitenden in der Verwaltung – diese muss funktionieren. In den meisten Bereichen wurden weniger Stellen beantragt als tatsächlich benötigt, einige Stellen wurden aufgrund der Feststellung des Mehrbedarfs in einem schon älteren Gutachten der kommunalen Prüfungsaufsicht beantragt. Jetzt diese Stellen nicht zu besetzen, führt nur zu einem Aufschub – die Mitarbeiter*innen benötigt die Verwaltung aber zeitnah, zum einen für vermehrte Aufgaben, die, wie z.B. im Bereich des Wohngelds oder der Ersatzbetreuung Kindertagespflege gesetzlich vorgeschrieben sind, zum anderen um die belasteten und Überstunden anhäufenden Verwaltungsmitarbeiter*innen zu unterstützen und zu entlasten.

Mit der Schaffung dieser Stellen vermeiden wir eine Umschichtung von Personal innerhalb der Verwaltung. Arbeit bleibt an anderen Stellen nicht liegen, Bürgerinnen und Bürger müssen nicht länger auf ihre Bescheide warten. Im Ausländerrecht benötigtes Personal könnte durch zügige Bewilligungen für dringend notwendige Fachkräfte in den Betrieben sorgen und so die lokale Wirtschaft stärken. Noch schwerer wiegt unserer Ansicht, dass z.B. im Bereich

Wohngeld/Grundsicherung die Auszahlung von Leistungen aus dem Entlastungspaket III bei einer erwarteten Verdreifachung der Berechtigten zügig erfolgen muss, damit die Schwächeren in der Gesellschaft nicht mittellos werden. Zudem ist zu erwarten, dass die Personalkosten in diesem Bereich von Bund/Land getragen werden.

Diese Stellen gegebenenfalls befristet zu besetzen, verspricht keine Abhilfe: Qualifizierte Fachkräfte sind kaum für befristete Stellen zu gewinnen, häufig muss dasselbe Geld wie für eine unbefristete Stelle für geringere Qualifikation eingesetzt werden. Außerdem bietet sich uns die Chance, angesichts des anstehenden Generationenwechsels in der Stadtverwaltung junge Arbeitskräfte zu gewinnen, die hoffentlich langfristig bleiben.

Der Maßnahmenkatalog der Fortschreibung der Endenergie- und Treibhausgasbilanz der Stadt Ansbach durch das Büro seecon Ingenieure GmbH sieht zwei zusätzliche Stellen (zweite*r Klimaschutzbeauftragte*r und im kommunalen Energiemanagement) vor, die die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OLA und ödp für die Stellenplanberatungen beantragten – hieran halten wir fest. Zudem beantragen wir erneut eine unbefristete Stelle im Bereich des Baucontrolling: Anstehende größere Bau- und Sanierungsmaßnahmen sollen durch eine*n Baucontroller*in begleitet und auch hinsichtlich der Kosten überwacht werden. Die Kosten für diese Stelle werden u.a. durch erwartete Einsparungen u.a. durch Verhinderung vermeidbarer, später kostenintensiv zu beseitigender Mängel ausgeglichen. Hinsichtlich energetischer Sanierungsmaßnahmen hat die Stadt Ansbach eine Vorbildfunktion. Die grundsätzliche Strategie der Entwicklung Ansbachs angesichts der ökologischen und sozialen Herausforderungen darf hier nicht aus den Augen verloren werden.

Die beiden Stellen Kommunalen Ordnungsdienst sind verzichtbar. Unserer Ansicht nach besteht in unserer Stadt seit der Schaffung der Stellen keine erhöhte Gefährdungslage, die diese beiden Stellen rechtfertigt. Bisher war zudem das Stellenbesetzungsverfahren erfolglos, für die Parkraumüberwachung reichen die vorhandenen Kräfte aus. Momentan werden die für diese beiden Stellen benötigten finanziellen Mittel (90.000 €) an anderer Stelle nötiger gebraucht und können hier eingespart werden.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert darum die Stadtratsmitglieder der Gestaltungsmehrheit auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und der Mitarbeitenden der Stadt zu handeln und ihre Blockadehaltung zugunsten der dringend notwendigen Stellen aufzugeben. Diese wichtige Entscheidung muss der Stadtrat als gesamtes Gremium treffen, die Beratung im Personalausschuss darf hier nicht ausschlaggebend sein.

Darum bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner
(Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl
(Fraktionsvorsitzender)

Sabine Stein-Hoberg

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN